

# **Bestandsaufnahme, Bedarfsanalyse und Massnahmenempfehlungen bezüglich Umsetzungsstand der UN-Behindertenrechtskonvention im Kanton Graubünden**

**Bericht zuhanden des kantonalen Sozialamts Graubünden**

Luzern, den 20. März 2023

**| Autorinnen**  
Franziska Müller  
Kristin Thorshaug  
Charlotte Schwegler  
Lea Portmann

**| INTERFACE Politikstudien**  
Forschung Beratung AG

Seidenhofstrasse 12  
CH-6003 Luzern  
Tel +41 (0)41 226 04 26

Rue de Bourg 27  
CH-1003 Lausanne  
Tel +41 (0)21 310 17 90

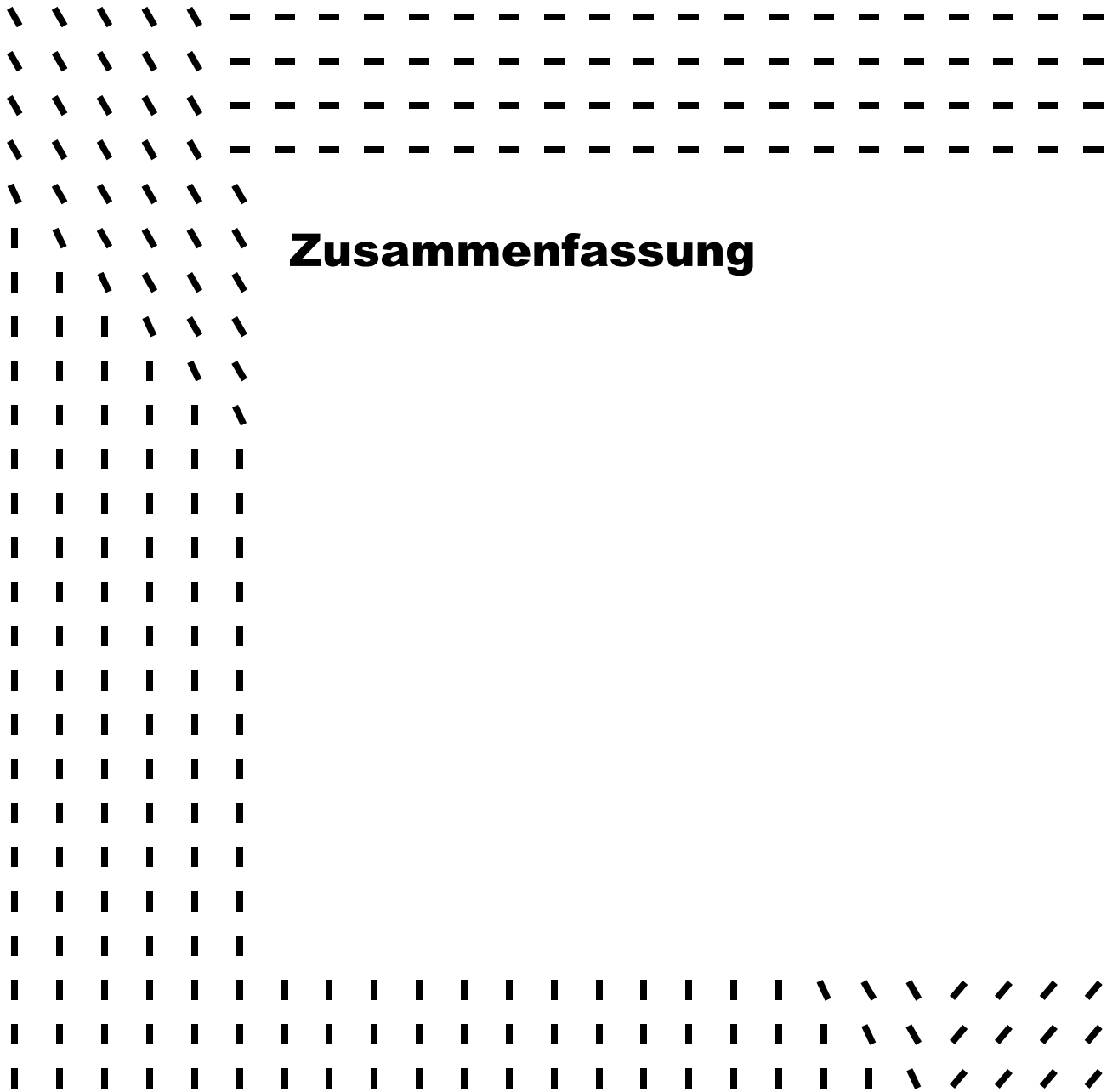
[www.interface-pol.ch](http://www.interface-pol.ch)

**| Auftraggeber**  
Kanton Graubünden, vertreten durch das kantonale Sozialamt:  
Susanna Gadiant (Amtsleiterin)  
Daniel Kistler (Leiter Behindertenintegration. Projektleitung)

**| Laufzeit**  
Januar 2022 bis Februar 2023

**| Zitiervorschlag**  
Müller, Franziska; Thorshaug, Kristin; Schwegler, Charlotte; Portmann, Lea (2023): Bestandsaufnahme, Bedarfsanalyse und Massnahmenempfehlungen bezüglich Umsetzungsstand der UN Behindertenrechtskonvention im Kanton Graubünden, Bericht zuhanden des kantonalen Sozialamts Graubünden, Interface Politikstudien Forschung Beratung, Luzern.

**| Projektreferenz**  
Projektnummer: 21-082



## Zusammenfassung

### Ausgangslage

Mit dem Inkrafttreten der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN BRK) am 15. Mai 2014 verpflichtet sich die Schweiz, Hindernisse zu beheben, mit denen Menschen mit Behinderungen (MmB) konfrontiert sind, sie gegen Diskriminierung zu schützen und ihre Teilhabe und ihre Gleichstellung in der Gesellschaft zu fördern. Die UN BRK enthält programmatische Vorgaben und Mindeststandards für verschiedene Themenfelder, unter anderem Zugang zu Einrichtungen und Dienstleistungen, politische und gesellschaftliche Teilhabe, Gewährleistung der Sicherheit, Zugang zu Bildung und Arbeit sowie selbstbestimmtes Wohnen.

### Fragestellungen und methodisches Vorgehen

Der parlamentarische Auftrag Holzinger-Loretz zum Leitbild «Leben mit Behinderungen» beauftragte den Kanton Graubünden, die bisherige Umsetzung der UN BRK zu überprüfen und notwendige Massnahmen zu identifizieren. Zu diesem Zweck hat der Kanton Interface Politikstudien Forschung Beratung ein Mandat erteilt. Der Gegenstand des Mandats ist in drei Teile gegliedert: Erstens wurde im Rahmen einer *Bestandsaufnahme* der aktuelle Stand der Umsetzung der UN BRK im Kanton Graubünden analysiert. Zweitens wurde basierend auf der Bestandsaufnahme eine *Bedarfsanalyse* durchgeführt. Drittens wurden auf der Grundlage der Bestandsaufnahme und der Bedarfsanalyse *Massnahmenempfehlungen* abgeleitet, die notwendig sind, um im Kanton Graubünden die Zielsetzungen der UN BRK erreichen zu können.

Die Studie basiert auf folgenden Erhebungen:

- *Online-Befragungen*: Es wurden drei Online-Befragungen bei kantonalen Dienststellen und kantonsnahen Organisationen, bei Leistungserbringenden sowie bei Organisationen und Verbänden für MmB durchgeführt.
- *Dokumentenanalyse und Interviews*: Der Stand der Umsetzung der UN BRK im Kanton Graubünden wurde neben den Ergebnissen aus den Online-Befragungen auch anhand bestehender Berichte und Dokumente analysiert. Um die Ergebnisse in einem erweiterten Kontext einordnen zu können, wurden zudem mit Akteuren auf nationaler Ebene sowie mit Vertretern/-innen aus den Kantonen Zürich, St. Gallen und Thurgau Interviews geführt. Zusätzlich wurden Vertreter/-innen der Wirtschaft im Kanton Graubünden interviewt.
- *World Café mit MmB*: Zwischen Juni und September 2022 fanden drei World Cafés mit MmB statt: in Chur in deutscher Sprache, in Ilanz in

romanischer Sprache und in Poschiavo in italienischer Sprache. Insgesamt nahmen zirka 50 Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen teil.

**Zentrale Ergebnisse**

Die Ergebnisse zeigen auf, dass im Kanton Graubünden in ganz vielen Bereichen bereits vielfältige Aktivitäten für MmB umgesetzt werden. Im Vergleich zu den übrigen Kantonen der SODK Ost (AR, AI, GL, SH, SG, TG) + Zürich, positioniert sich der Kanton Graubünden mit seinen Rahmenbedingungen und Aktivitäten im oberen Mittelfeld. Der Kanton verfügt zum Beispiel über gute Angebote in den Bereichen Wohnen, Arbeitsintegration und soziale/kulturelle Teilhabe, unternimmt seit Jahren wichtige Schritte hin zu einer inklusiven Schule/frühen Förderung und setzt sich für eine barrierefreie Bau- und Mobilitätsinfrastruktur ein. Diese bewährten Aktivitäten gilt es, künftig weiterzuführen und dabei sicherzustellen, dass zentrale Angebote in allen Regionen des Kantons sprachadäquat zur Verfügung stehen.

Die Ergebnisse der Bedarfsanalyse zeigen jedoch auch auf, dass die Umsetzung all dieser Aktivitäten nicht im Rahmen eines übergeordneten Konzepts und daher wenig koordiniert erfolgt. Auch sind die Aktivitäten zu wenig sichtbar und zum Teil (innerhalb und ausserhalb der Verwaltung) noch wenig bekannt. Zudem weisen die Ergebnisse darauf hin, dass die Gesellschaft noch immer zu wenig für die konkreten Anliegen von MmB sensibilisiert ist. Die Vorstellung, dass MmB ein selbstbestimmtes, autonomes Leben führen können und das Wissen darüber, was es hierfür braucht, scheint in der Gesellschaft bisher noch wenig präsent. Das Studienteam sieht daher gerade in dieser Koordinations- und Sensibilisierungsarbeit (innerhalb der Verwaltung und darüber hinaus) das grösste Potenzial, wie der Kanton Graubünden die Berücksichtigung der Anliegen von MmB und damit die Umsetzung der UN BRK in den nächsten Jahren weiter vorantreiben kann.

**Massnahmenempfehlungen**

Entlang von sechs Interventionsachsen zur Umsetzung der UN BRK formuliert das Studienteam insgesamt 14 Massnahmenansätze. Es sind dies:

1	Massnahmenansätze für die Schaffung eines rechtlichen und konzeptionellen Rahmens zum Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung der Gleichberechtigung
M1.1	Prüfung rechtlicher Grundlagen für die Gleichstellung von MmB
M1.2	Verwaltungsinterne Verankerung des Auftrags zur Sensibilisierung und Interessenvertretung für die Anliegen von MmB
2	Massnahmenansätze für die Bereitstellung von spezifischen Unterstützungsangeboten/Dienstleitungen für MmB
M2.1	Förderung der tatsächlichen Wahlfreiheit bezüglich selbstbestimmten Wohnens
M2.2	Ausbau von Autonomie, Teilhabe und Mitsprache als Kriterien für Auftragsvergaben definieren
3	Massnahmenansätze für die Förderung der Zugänglichkeit für MmB zu Regelangeboten
M3.1	Prüfung der Umsetzung der Vorgaben UN BRK/BehiG im Bereich Bau- und Mobilitätsinfrastruktur
M3.2	Optimierung inklusiver Bildungsangebote
M3.3	Förderung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt
M3.4	Ausbau der Arbeitsplätze für MmB in der öffentlichen Verwaltung
M3.5	Förderung der Inklusion im Kulturbereich mittels Label «Kultur inklusiv» und durch Anerkennungsbeiträge

M3.6	Barrierefreier Zugang zu staatlichen Informationen (z.B. leichte Sprache)
4	Massnahmenansatz für die Förderung von Partizipation (Mitsprache und Mitbestimmung)
M4.1	Einrichtung eines Austauschgefässes für die relevanten Akteure
5	Massnahmenansätze für die Wissensvermittlung und Sensibilisierung
M5.1	Sensibilisierung der kantonalen Verwaltung und Unterstützung der Gemeinden bei der Umsetzung der UN BRK
M5.2	Unterstützung von MmB, Interessenorganisationen und Wirtschaft bei der Sensibilisierungsarbeit und Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit
6	Massnahmenansatz für die Aufbereitung von Daten und Statistik
M6.1	Dokumentation bestehender Datenquellen und Identifizierung von Lücken